

## INHALT

### Länderfinanzen

Ein Gutachten macht sämtliche Finanzströme transparent. **S. 2**

### Besser bewegte Stadt

Die Grünen fordern mehr Schwung für die Verkehrswende. **S. 3**

### Mehr Sicherheit

Der Wissenschaftsnachwuchs soll besser planen können. **S. 4**

## Kita soll Regel in Wohngebiet sein

Kindertagesstätten sollen auch in reinen Wohngebieten als Regelfall – und nicht wie bisher nur als Ausnahme – möglich werden. Nötig ist dafür eine Änderung der bundesweit geltenden Baunutzungsverordnung. Doch Schwarz-Gelb handelt nicht. Deshalb drängt die Fraktion mit einer Initiative auf eine Gesetzesnovelle. „Wir wollen, dass Kitas generell in reinen Wohngebieten zulässig sind. Das entspricht dem Bedürfnis von Familien, die Betreuungsplätze in unmittelbarer Nähe zu haben. Kurze Beine, kurze Wege – das muss gerade auch angesichts des Rechtsanspruchs und damit verbundenen Ausbaus der Kinderbetreuung das Leitmotiv sein. Kitas und Spielplätze müssen ohne Wenn und Aber überall rechtssicher geplant und betrieben werden können“, so Kinderpolitiker Stephan Schlenker und Baupolitiker Carsten Werner.



Die Grüne Fraktion will die Energiewende im Land Bremen vorantreiben: Bis 2030 soll der Stadtstaat seinen Strombedarf komplett aus erneuerbaren Energien decken. Das ehrgeizige Ziel kann der Industriestandort mit hohem Stromverbrauch in enger Zusammenarbeit mit Niedersachsen erreichen. Statt wie heute überschüssigen Kohlestrom zu exportieren, soll Bremen dann sauberen Windstrom aus dem Umland und von Offshore-Anlagen in der Nordsee importieren.

Für die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist die Offshore-Windkraft eine tragende Säule. Der Ausbau ist jedoch ins Stocken geraten, weil die Netzanbindung der Offshore-Windparks nicht gesichert ist. Nötig wäre eine staatliche Netzgesellschaft, die die Übertragungsnetze zügig ausbaut und betreibt. Doch die Bundesregierung handelt nicht. Unterdessen leistet Bremen mit der Entscheidung für den Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven eine erhebliche Kraftanstrengung für die Energiewende. Die insgesamt 180 Millionen Euro teure Kaje zur Verschiffung der riesigen Offshore-Anlagen stärkt die Position der Seestadt als Zentrum der Windenergie-Branche.

Bei der Windkraft-Nutzung an Land hat Bremen sein Potenzial indes schon zu 50 Prozent ausgeschöpft. „Diese wirtschaftlichste Form der Stromerzeugung wollen wir weiter

ausbauen. Neben der Ausweisung von neuen Standorten für Windanlagen setzen wir auf den Austausch bestehender Anlagen durch solche mit mehr Leistung. Alleine in der Stadt Bremen kann dadurch die installierte Leistung von 91 auf 161 Megawatt gesteigert werden“, erläutert die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck. Dabei sollen auch die BürgerInnen die Energiewende selbst in die Hand nehmen können – etwa in Energiegenossenschaften, für die ein Teil der Windvorrangflächen ausgewiesen werden soll.

Die Bürgerbeteiligung soll ebenso beim Ausbau der Solarenergie sichergestellt werden. Die Fraktion setzt sich dafür ein, jährlich 2000 Quadratmeter öffentlicher Dachflächen für die Nutzung von Photovoltaik bereitzustellen. Dabei sollen insbesondere auch auf großen Dächern von Lagerhallen in den Häfen mehr Photovoltaik-Anlagen installiert werden. Mit dem eigens erzeugtem Solarstrom auf öffentlichen Dächern können zugleich die Haushaltsrisiken durch steigende Energiepreise verringert werden. Nicht zuletzt sollen mehr Biogasanlagen zur Verwertung von Grünschnitt aus Parks und Abfall aus der braunen Biomüll-Tonne betrieben werden.

**Ein Positionspapier dazu steht unter:**  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

# Bremen bienenfreundlich

**A**llein in Bremen und Niedersachsen sind laut ‚Roter Liste‘ 62 Prozent der Wildbienen-Arten gefährdet. Neben Krankheiten setzen Pestizide in der Landwirtschaft und das mangelnde Nahrungsangebot aufgrund von Monokulturen den Honigbienen zu. Hinzu kommt der Verlust von Nistplätzen durch die Überbauung von Freiflächen. Die Grünen wollen deshalb Bremen bienenfreundlicher machen.

„Honigbienen brauchen eine vielfältige Pflanzenwelt. Artenarme Grünflächen wie Parks oder auch Seitenstreifen müssen wesentlich blütenreicher gestaltet werden“,

betont die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer. Außerdem sollen in Bremen künftig keine Biogasanlagen genehmigt werden, die mit Pflanzen aus Monokulturen wie Mais betrieben werden. Die Grünen wollen auch für die Bienen die extensive und gentechnikfreie Bremer Landwirtschaft erhalten. Ferner soll geprüft werden, ob die Imkerei auf öffentlichen Flächen und Gebäuden gefördert werden kann. „Wenn an repräsentativen Orten künftig Bienenstöcke aufgestellt und unterhalten würden, könnte das die große ökologische und ökonomische Bedeutung der Biene mehr ins

Bewusstsein rücken. Manche BremerInnen überlegen sich dann sicherlich, ihre Gärten oder Balkone bienenfreundlicher zu gestalten“, so Maike Schaefer.

Um Bienen besser zu schützen, soll sich nicht zuletzt der Senat im Bund für eine deutliche Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln wie insbesondere der Neonicotinoide einsetzen. „Die Biene ist das dritt wichtigste Nutztier. Für die biologische Vielfalt und die Landwirtschaft ist ihre Bestäubungsleistung unersetzbar. Ist die Biene bedroht, sind auch unsere Lebensgrundlagen gefährdet“, unterstreicht Maike Schaefer.

## Gutachten beleuchtet Finanzströme

**Z**war gilt der Länderfinanzausgleich noch bis 2019. Doch das Tauziehen um eine Neugestaltung hat längst begonnen. Mit ihrer angekündigten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht kündigen Bayern und Hessen die Solidarität zwischen den Ländern auf. Ihr Getöse verstellt den Blick darauf, dass der Länderfinanzausgleich nur ein Teil der komplexen Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist. Um die Verteilung der Finanzen umfassend zu beleuchten und die Debatte zu versachlichen, haben einige Landtagsfraktionen der Grünen initiiert von Bremen und Niedersachsen gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr vorliegen.

„Wir wollen wissenschaftlich klären lassen, was zwischen Bund und Ländern insgesamt an staatlichen Mitteln verteilt wird und welche fiskalischen Wirkungen das hat. Dabei müssen alle Finanzströme und Umverteilungen in den Blick genommen werden – von der Steuererlegung bis zu den Subventionen, von denen Länder ganz unterschiedlich

profitieren. Uns würde schon interessieren, was Bayern beispielsweise bei der Solarenergieförderung oder bei Infrastrukturprojekten erhält. Erst mit einer umfangreichen Analyse kann man erkennen, wer tatsächlich wie viele Mittel in das Finanzsystem hineingibt und wie viele Mittel aus ihm erhält. So kann das Gutachten des Finanzwissenschaftlers André Heinemann neue Hinweise für eine andere Finanzverteilung in der Bundesrepublik liefern, die der im Grundgesetz garantierten Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dient“, erklärt Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner.

Das bisherige System hat Reformbedarf. Bei einer Neugestaltung setzt sich die Fraktion dafür ein, dass die Wahrnehmung allgemeiner Aufgaben durch Bremen besser berücksichtigt wird. Das gilt z.B. für den Import und Export über die bremischen Häfen, die unterhalten werden müssen; aber auch für die Hochschulen, die weit über den Bedarf des Landes hinaus ausbilden.

Bremen ist zwar das Land mit der zweitgrößten Wirtschaftskraft. Durch die heutige

Steuererlegung kommt davon aber viel weniger als Steuereinnahmen im Bremer Haushalt an. Vorstellbar sind aus grüner Sicht deshalb andere Verteilungsschlüssel bei der Umsatzsteuer und Lohnsteuer. Zudem wird bei der Einwohnerwertung die besondere Situation des Stadtstaates als Ballungsraum ohne eigenes Umland nicht ausreichend berücksichtigt. Viele PendlerInnen arbeiten hier, versteuern ihr Einkommen aber andernorts. Zudem hält Bremen auch für die Menschen aus dem Umland viele öffentliche Angebote von Krankenhäusern bis zu Kultureinrichtungen vor, die viel Geld kosten.

Nicht zuletzt muss ein Eckpfeiler jeder Neugestaltung eine solidarische Regelung zur Tilgung der Altschulden sein. „Wenn Bremen bis 2020 die Schuldenbremse einhält, ist immer noch ein Altschuldenberg von rund 20 Milliarden Euro vorhanden. Dafür müssen erhebliche Zinsen gezahlt werden. Eine Altschuldenregelung ist für Bremen existenziell“, betont der finanzpolitische Sprecher Hermann Kuhn.

# Besser bewegtes Bremen

**K**limawandel, zur Neige gehende Ölreserven, demographische Entwicklung: vor diesem Hintergrund wird sich die Stadt der Zukunft anders bewegen. Die Grünen wollen der Verkehrswende in Bremen jetzt kräftig Schwung verleihen. Die Infrastruktur soll der wachsenden Bedeutung des Rad- und Fußverkehrs sowie ÖPNV weitsichtig angepasst werden. Insbesondere der Anteil des Radverkehrs soll bis 2025 auf 35 Prozent erhöht werden. Das verbessert die Lebensqualität der BremerInnen und erhöht die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Davon profitieren gerade auch Handel und Tourismus.

„Ein hoher Anteil von RadfahrerInnen ist gut für jede Stadt. Räder nehmen während der Fahrt und beim Parken erheblich weniger Platz weg als Autos, sie verursachen keinen Lärm und keine schädlichen Abgase. Städte wie Kopenhagen, wo der Radverkehr vorrangig gefördert wird, haben damit gute Erfahrungen gemacht. Denn Radfahren ist einfach schneller, preiswerter und gesünder“, betont der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Das einstimmig von der Fraktion beschlossene Positionspapier ‚Besser bewegtes Bremen‘ sieht u.a. eine personelle Verstärkung des Fahrrad-Bereichs in der Verwaltung vor. Zudem sollen im Verkehrsetat drei Millionen Euro für den Radverkehr umgeschichtet werden. Verkehrsflächen sollen zu Gunsten von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und ÖPNV umverteilt werden. Um ZweiradfahrerInnen den täglichen Weg zu erleichtern, sollen z.B. Expressrouten von den Stadträndern ins Zentrum und grüne Wellen für RadlerInnen eingerichtet werden. Um das Radeln in Bremen noch attraktiver zu machen, fordern die Grünen u.a. breitere und gut instandgehaltene Radwege, zusätzliche Fahrradstraßen, deutlich mehr Abstellplätze, mit Planschliff versehenes Kopfsteinpflaster, bessere Ampelschaltungen und die vorrangige Schneeräumung von Radwegen.

Um Konflikte zwischen RadfahrerInnen und FußgängerInnen zu vermeiden, sollen beide Verkehrsarten stärker getrennt werden. So sollen mehr Radwege auf die Straße verlegt und dafür ggf. auch bisherige Auto-Spuren wie am Herdentorsteinweg umgewidmet werden. Zugleich erwarten die Grünen ein integriertes Konzept für mehr Verkehrssicherheit. Maßnahmen könnten neben den Kampagnen von Verkehrswacht und Polizei z.B. mehr Piktogramme zur Verdeutlichung



Breite Radwege, bequeme Abfallkörbe und Fußstützen, Pedalhighways und Lastenräder: Bremen kann einiges von der Fahrradstadt Kopenhagen lernen.



der Regeln und die farbliche Absetzung von Radwegen gerade auch in Kreuzungsbereichen sein. Nicht zuletzt soll zum Schutz der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen außer auf den Hauptstrecken und Wirtschaftsverkehrsrouten überall Tempo 30 gelten.

**Das ausführliche Positionspapier ‚Besser bewegtes Bremen‘ findet sich im Internet unter:**

**[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)**

## Befristete Arbeit in der Wissenschaft

# Bedingungen verbessern



Über 80 Prozent der WissenschaftlerInnen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland müssen mit Zeitverträgen leben. Die Betroffenen bleiben lange im Ungewissen, ob sie den Sprung auf eine Professur schaffen, sich von einem befristeten Drittmittelprojekt zum nächsten durchhangeln oder sogar ganz aus dem Wissenschaftsbetrieb aussteigen müssen. Kurzum: Die berufliche und familiäre Planung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen ist höchst unsicher.

Um ihre Lage zu verbessern, macht sich die Grüne Fraktion für eine Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes stark. Neben der Aufhebung der Tarifsperre sollen NachwuchswissenschaftlerInnen in der Promotions-

und Habilitationsphase arbeitsvertraglich ausreichend Zeit für ihre Qualifikation zur Verfügung erhalten. Zudem soll die Mindestlaufzeit von Verträgen zumindest an die Dauer der Drittmittelprojekte gebunden werden. „WissenschaftlerInnen benötigen ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit und Karriereplanbarkeit, um ihre Kompetenz zu entwickeln und für die Wissenschaft nutzbar zu machen. Die Arbeit an Hochschulen muss im Wettbewerb mit Unternehmen attraktiv sein. Wenn die besten Nachwuchskräfte aus Sorge um ihre Zukunft die Hochschulen verlassen, sind Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre die drohende Folge“, warnt die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön.

## Häfen: Kooperation statt Konkurrenz

Die deutschen Seehäfen müssen nach Ansicht der Grünen-Fraktion stärker zusammenarbeiten. Frank Willmann, hafenspolitischer Sprecher: „Wir fordern schon lange ein Gesamthafenkonzept, das die Stärken der einzelnen Standorte aufzeigt und Schwerpunkte setzt. So werden die Häfen im Verbund langfristig gestärkt und gesichert.“

Die immer größer werdenden Containerschiffe brauchen tideunabhängige Häfen und Routen; der Zulieferer- und Weitertransport von Waren auf kleineren Schiffen in Nord- und Ostsee nimmt deutlich zu. Damit steigt auch die Konzentration

auf einzelne Hafenstandorte. „Mit einer gemeinsamen Hafenstrategie können Investitionen sinnvoller gesteuert werden, ohne dass sich die Hafenstädte gegenseitig das Wasser abgraben. Der Jade-Weser-Port als gemeinsames Projekt der Länder Bremen und Niedersachsen ist dabei zukunftsweisend“, betont Frank Willmann. Vorteile sieht der Hafenspezialist vor allem auch für Natur und Umwelt. „Warum die Elbe ausbaggern, wenn das Schiff in Bremerhaven oder Wilhelmshaven anlegen kann? Es wird Zeit, den unsinnigen innerdeutschen Wettbewerb zu Lasten von Ökonomie und Ökologie zu beenden“, so Frank Willmann.

## Internetauftritt im neuen Gewand

Mehr Übersichtlichkeit und Servicequalität bietet nach dem Relaunch fortan die Homepage der Fraktion. Die klare Struktur ermöglicht, schnell die wichtigsten Inhalte zu finden. Prominenter platziert als bisher sind die Initiativen auf der Startseite. Während dort mit neuen Anträgen, Pressemitteilungen und Videos die Aktualität im Vordergrund steht, bündeln die Themenbereiche alles Wissenswerte auf einen Blick – vom Grundsatzartikel über Positionspapiere bis zum Abgeordneten-Kontakt.

## Hausbesuche werden verstetigt

Die als Modellprojekt gestarteten Hausbesuche bei alten Menschen werden verstetigt. „Das Angebot ist ein wichtiger Schritt, damit Menschen bis ins hohe Alter selbstständig und selbstbestimmt leben können“, so der altenspolitische Sprecher Dirk Schmidtman, auf dessen Initiative das Projekt zurückgeht. Bei den Hausbesuchen werden alten Menschen passgenaue Hilfen vor Ort vermittelt.

## Impressum



**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**  
in der Bremischen Bürgerschaft  
Schlachte 19/20, 28195 Bremen  
Tel.: 0421 /3011-0  
E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
ViSdP: Matthias Makosch  
Texte: M. Makosch, C. Kulmann  
Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,  
Ingo Franßen, Troels Heinen /  
City of Copenhagen  
Druck: Geffken & Köllner, Bremen